

**Kleine Anfrage
der Fraktion der CDU vom 25.08.2025
und Mitteilung des Senats vom 30.09.2025**

„Angst statt Anschluss – Wie sicher sind unsere Verkehrsmittel?“

Vorbemerkung der fragestellenden Fraktion:

Der öffentliche Nahverkehr in Bremen sollte ein sicherer Raum für alle Menschen sei. Ein Ort der Mobilität, der Verlässlichkeit und der sozialen Teilhabe. Doch die Realität sieht zunehmend anders aus: Fahrgäste und Beschäftigte berichten vermehrt von Gewalterfahrungen in Bussen, Bahnen und insbesondere am Bremer Hauptbahnhof.

Die Spannweite reicht von körperlichen Angriffen bis hin zu Übergriffen mit diskriminierendem oder sexualisiertem Hintergrund. Auch tätliche Auseinandersetzungen aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten nehmen zu.

Der Bremer Hauptbahnhof, einst ein bedeutendes Drehkreuz für Handel und Reisen, ist heute in der öffentlichen Wahrnehmung häufig mit Drogenkonsum, Kriminalität und Unsicherheitsgefühlen verbunden. Laut öffentlich zugänglicher Daten ist die Zahl der registrierten Gewaltdelikte im ÖPNV allein von 2021 auf 2022 von 600 auf rund 900 gestiegen – ein alarmierender Anstieg um 50 %.

Bremen darf bei einem so zentralen Thema wie der Sicherheit nicht noch schlechter werden. Bereits 2023 belegte die Hansestadt im bundesweiten Vergleich einen der vorderen Plätze in der Kriminalitätsstatistik. Berichte aus dem Weser-Kurier und Rückmeldungen aus der Bevölkerung bestätigen, dass Übergriffe auf Fahrgäste ebenso wie auf Fahrerinnen und Fahrer zunehmen. Diese Entwicklung untergräbt das Vertrauen in die Sicherheitskonzepte des Senats und der Bremer Straßenbahn AG (BSAG).

Diese Entwicklungen werfen die berechtigte Frage auf, ob sich die Bürgerinnen und Bürger in Bremen noch sicher mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewegen können. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion nimmt die Sorgen der Bevölkerung ernst.

Es stellt sich die Frage, welche konkreten Schritte der Senat und die BSAG bereits unternommen haben oder planen, um Übergriffe im Nah- und Fernverkehr einzudämmen und die Sicherheit für alle Beteiligten wiederherzustellen.

Der Senat beantwortet die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Wie viele Fälle von körperlicher und verbaler Gewalt wurden in den letzten fünf Jahren in Bremer Straßenbahnen und Bussen registriert und angezeigt (bitte nach Jahr und Deliktart aufschlüsseln)?**

Für die folgenden Auswertungen wurde auf Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für die Stadt Bremen zurückgegriffen. Zur Methodik der PKS ist Folgendes zu beachten: In der PKS werden die von den Polizeivollzugsbehörden abschließend bearbeiteten Straftaten erfasst. Nicht erfasst werden Staatsschutzdelikte, Verkehrsdelikte und Straftaten, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland begangen wurden. Die kriminologische Aussagekraft der PKS wird besonders dadurch eingeschränkt, dass der Polizei lediglich ein Teil der begangenen Straftaten bekannt wird (Hellfeld). Der Umfang des nicht bekannten Teils (des Dunkelfeldes) hängt von der Art des Delikts ab und kann sich unter dem Einfluss verschiedener Faktoren (zum Beispiel Anzeigebereitschaft der Bevölkerung, Intensität der Kriminalitätsbekämpfung, Änderungen des Strafrechts oder der statistischen Erfassung) auch im Zeitablauf ändern. Es kann daher nicht von einer feststehenden Relation zwischen tatsächlich begangenen und statistisch erfassten Straftaten ausgegangen werden. Die PKS bietet somit kein getreues

Spiegelbild der Kriminalitätswirklichkeit, sondern eine je nach Deliktsart mehr oder weniger starke Annäherung an die Realität. Die Aktualität der PKS wird zudem durch Straftaten mit langer Ermittlungsdauer beeinflusst.

Zur Beantwortung dieser Frage wurden mehrere Delikte in einem Zeitraum vom 01.01.2020 bis 31.12.2024 mit einem erfassten Tatort im öffentlichen Personenverkehr gemäß den Erfassungskriterien der PKS ausgewertet.

In den Jahren 2020 bis 2024 wurden in der PKS insgesamt 906 Gewaltdelikte im Sinne der Fragestellung mit Tatörtlichkeit „ÖPV-Bus“ und „ÖPV-Schienefahrzeug“ für die Stadt Bremen erfasst. Durch die Einschränkungen des öffentlichen Lebens während der Corona-Pandemie wurden in den Jahren 2020 und 2021 mit 87 bzw. 90 Fällen eine deutlich niedrigere Fallanzahl erfasst als in den Folgejahren. Zwischen den Jahren 2022 und 2024 ließ sich ein kontinuierlicher Anstieg der entsprechenden Delikte beobachten. Mit der schrittweisen Aufhebung der pandemiebedingten Einschränkungen im Jahr 2022 und der damit einhergehenden Wiederbelebung des öffentlichen Raums nahm auch die Mobilität der Bevölkerung wieder zu. Hierdurch nahmen Begegnungen und Tatgelegenheiten zu. Dies spiegelt sich im Anstieg der Gewaltdelikte mit Tatörtlichkeit „ÖPV-Bus“ und „ÖPV-Schienefahrzeug“ wider. Im Jahr 2022 wurden 159 Fälle erfasst, im Jahr 2023 handelte es sich um 278 Fälle. Im Jahr 2024 wurde mit 292 entsprechenden Delikten ein Höchststand im Betrachtungszeitraum erreicht.

Nähere Details zu körperlichen und verbalen Gewaltarten können der folgenden Tabelle 1 entnommen werden.

PKS- Strafta- ten- schlüs- sel	Delikte	Jahr				
		2020	2021	2022	2023	2024
111000	Vergewaltigung, sexuelle Nötigung/Übergriff im bes. schweren Fall einschl. mit Todesfolge	1	-	-	-	-
112100	Sexueller Übergriff und sexuelle Nötigung	-	-	-	-	1
114000	Sexuelle Belästigung § 184i StGB	7	4	8	16	28
210000	Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer	1	1	7	11	14
222000	Gefährliche und schwere Körperverletzung darunter:	7	3	18	31	29
224000	Vorsätzliche einfache Körperverletzung § 223 StGB	39	33	62	134	117
232200	Nötigung	2	10	3	6	6
232300	Bedrohung	7	8	18	28	33
673000	Beleidigung	23	31	43	52	64
gesamt		87	90	159	278	292

Tabelle 1: Erfasste Gewaltdelikte mit Tatörtlichkeit ÖPV-Bus und ÖPV-Schienefahrzeug für die Stadt Bremen (Quelle: Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS))

Zusätzlich werden in der Leitstelle der BSAG die Meldungen der Fahrenden registriert, ausgewertet und in einer Datenbank erfasst.

Nicht jeder bedrängte, belästigte oder bestohlene Fahrgast informiert den Fahrdienst und nicht jeder Vorfall, den der Fahrdienst meldet, führt am Ende auch zu einer Anzeige.

In Tabelle 2 sind in Zeile 2 (Schwierigkeiten zw. Fahrpersonal und Fahrgästen (mit Polizei-Einsatz) die Anzahl der Vorfälle genannt, bei denen es zu einem Polizeieinsatz kam.

Die Jahre 2021 und 2022 zeigen im Zusammenhang mit der Corona-Maskenpflicht auch bei der BSAG Auffälligkeiten (z.B. in Bezug auf Beschwerden von Fahrgästen über das Verhalten von anderen Fahrgästen). Diese haben sich jedoch mit Wegfall der Maskenpflicht wieder normalisiert.

	Jahr					
	2020	2021	2022	2023	2024	2025*
Schwierigkeiten zw. Fahrpersonal und Fahrgästen (mit Polizei-Einsatz) Quelle: Leitstellentool	232	316	219	260	226	104
Körperliche Übergriffe auf Fahrpersonal Quelle: Sicherheitsbericht	keine Daten	43	27	32	36	19
Verbale Übergriffe auf Fahrpersonal Quelle: Sicherheitsbericht	keine Daten	80	81	92	95	39
Streitigkeiten unter Fahrgästen (mit Polizei-Einsatz) Quelle: Leitstellentool	118	174	189	151	143	77
Probleme mit Fahrgästen (bspw. unter Alkohol, BTM, psychisch auffällig, sog. "Obdachlose") Quelle: Sicherheitsbericht	keine Daten	74	89	296	510	308
Kundeneingaben zu '- Fahrgastverhalten' - Unsicherheitsgefühl im Fahrzeug Quelle: Beschwerdemanagement	keine Daten	68	473	90	136	72
Hinweise: *01.01. – 30.06.2025 2020 + 2021: deutlicher Anstieg der Probleme wegen Maskenpflicht 2022: Ab 2. Jahreshälfte Einsatz von Sicherheitspersonal um 50% erhöht						

Tabelle 2: Sicherheitsrelevante Vorfälle in Fahrzeugen der BSAG 2020 – 2025 (Quelle: BSAG)

2. In wie vielen der unter 1. genannten Fälle wurden in den letzten fünf Jahren in Bremen das Fahrpersonal Opfer von Gewaltdelikten?

Die Zahlen zu Übergriffen auf das Fahrpersonal der BSAG sind der obenstehenden Tabelle 2 zu entnehmen. Diese sind unterschieden nach körperlichen (Zeile 2) und verbalen (Zeile 3) Übergriffen.

In der PKS erfolgt keine standardisierte Erfassung einer Opferspezifik im Sinne von „Fahrpersonal“ oder Personal des ÖPNV. Zur Beantwortung dieser Frage wäre insofern eine manuelle Auswertung sämtlicher 906 Vorgänge erforderlich. Eine solche Auswertung war im Rahmen der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

3. Wie viele der Anzeigen wegen Gewaltdelikten mit Tatort im ÖPNV führten in den letzten fünf Jahren tatsächlich zu einer strafrechtlichen Verurteilung?

Die Fachverfahren von Staatsanwaltschaft und Strafgerichten ermöglichen keine verlässliche Filterung des Datenbestands nach Tatorten.

Generell kann hingegen mitgeteilt werden, dass die Verurteilungsquote von Gewalttaten im bremischen ÖPNV erfahrungsgemäß besonders hoch ist, da die in aller Regel vorhandenen Kameraaufnahmen den Tatnachweis erheblich erleichtern. Diese sind nicht nur regelhaft hochauflösend, sondern erlauben auch eine Betrachtung der Tat aus mehreren Blickwinkeln, was die Identifizierung des Täters, die Zuordnung der Tatbeiträge und die Bewertung vermeintlicher Notwehr- oder Notstandslagen massiv erleichtert.

4. Wie hoch ist nach Schätzung des Senats die Dunkelziffer bei Gewalttaten im ÖPNV und wie wird sie eingeschätzt oder erfasst?

Die Daten aus der PKS können ausschließlich Auskunft über das sogenannte Hellfeld geben, also über Straftaten, die der Polizei beispielsweise durch Ermittlungen von Amts wegen oder durch Anzeigenerstattungen zur Kenntnis gelangt sind. Das Dunkelfeld, also die bei den Sicherheitsbehörden nicht bekannten Straftaten, kann nur durch Dunkelfeldstudien aufgehellt werden. Im Land Bremen führt das Landeskriminalamt auf Grundlage des Bremischen Kriminalitätsstatistikgesetzes (BremKStatG) seit dem Jahr 2022 in wiederkehrendem Abstand von drei Jahren eine sogenannte Sicherheitsbefragung durch (vgl. „Ergebnisbericht zur Sicherheitsbefragung 2022“, abrufbar auf der Seite des Senators für Inneres und Sport). Die Ergebnisse der Befragung 2025 werden im zweiten Quartal 2026 vorliegen.

Im Rahmen der Frage nach dem Erleben verschiedener Straftaten im Jahr 2021 wurde auch das Anzeigeverhalten erfragt. Es zeigte sich, dass die Anzeigequoten bei schwereren Delikten relativ hoch ausfallen: Bei der Deliktgruppe der Körperverletzungen betrug sie 36,3 % in der Stadt Bremen (37,5 % im Land Bremen) und bei Raubdelikten 39,5 % (in der Stadt Bremen; 38,6 % im Land Bremen). Bei den Körperverletzungsdelikten wurden insgesamt schwere Fälle häufiger angezeigt als leichte. Lediglich die Deliktgruppe Bedrohungen wies mit einer Anzeigequote von 11,5 % in der Stadt sowie im Land Bremen einen relativ geringen Wert auf. Nach dem Tatort wurde jedoch in diesem Zusammenhang nicht gefragt, sodass die dargestellten Werte allgemein für alle angegebenen Delikte gelten. Über die Anzeigequoten bei Delikten mit Tatort ÖPNV kann auf der Grundlage der Sicherheitsbefragung keine Aussage getroffen werden.

5. Inwieweit gibt es in bestimmte Linien, Uhrzeiten oder Haltestellen, an denen es vermehrt zu Gewalttaten kommt (bitte angeben)?

Es sind weder bestimmte Linien noch bestimmte Uhrzeiten in besonderer Weise betroffen. Die registrierten Übergriffe finden auf unterschiedlichen Linien (Straßenbahn und Bus) und zu allen Betriebszeiten im gesamten BSAG-Netz statt.

In der PKS stehen keine Selektionsparameter zur Verfügung, um eine Auswertung nach Linien oder Haltestellen des ÖPNV vornehmen zu können. Insofern liegen keine Informationen im Sinne der Fragestellung vor. Im Übrigen wird auf die Beantwortung der Frage 2 verwiesen.

6. Wie viele Sicherheitskräfte sind aktuell im Einsatz im ÖPNV Bremens und wie hat sich diese Zahl in den letzten fünf Jahren entwickelt?

Die BSAG hat Mitte 2022 die Zahl der Sicherheitsbegleitungen um 50% erhöht.

- Bis dahin gab es drei Teams á 2 Personale am Wochenende auf den Nachtlinien.
- Seit Ende 2024 werden vermehrt auch tagsüber Sicherheitsbegleitungen eingesetzt.

- Aktuell werden die Sicherheitsbegleitungen wie folgt eingesetzt:

3 Teams à 3 Personale am Wochenende

- 19:00 – 03:00 Uhr
- 21:00 – 04:30 Uhr
- 23:00 – 05:30 Uhr

2 Teams à 2 Personale Werktags

- In der Regel 18:00 – 24:00 Uhr (1 Team teilweise in Tagschicht)

Die Sicherheitsteams werden, gemäß dem wöchentlichen Lagebild, auf den Linien eingesetzt, auf denen es Meldungen zu sicherheitsrelevanten Vorfällen gab (z.B. vermehrtes Auftreten von Jugendgruppen, vermehrtes Auftreten von bettelnden Personen, vermehrte Personen mit Unordnungserscheinungen).

7. Welche Aus- und Fortbildungsmethoden erhalten Bus- und Bahnfahrer im Kontext von körperlichen und verbalen Übergriffen und insbesondere im Umgang mit gewalttätigen Situationen?

Alle Beschäftigten im Fahrdienst erhalten Deeskalationsseminare. Nach einem Übergriff (egal ob physisch oder psychisch) gibt es eine intensive Betreuung durch die Führungskraft, den Betriebsarzt und die Betriebliche Sozialberatung.

8. Wie viele Kameras sind aktuell jeweils in den Fahrzeugen der BSAG verbaut und wie werden die Inhalte genutzt bzw. gespeichert?

Die Anzahl der Kameras ist vom jeweiligen Fahrzeugtyp abhängig: In der Regel sind es 6 Kameras in den Bussen der BSAG und 9 Kameras in den Straßenbahnen.

Die Aufzeichnungsgeräte zeichnen 48 Stunden auf. Die Festplatten werden anschließend überschrieben.

Wenn Anzeige bei der Polizei erstattet wurde, schickt die Polizei per Mail ein Anforderungsformular und die Video-Festplatte wird durch die BSAG umgehend gesichert und ausgewertet. Das Videomaterial wird der Polizei als DVD zur Verfügung gestellt.

9. Gibt es ein Notrufsystem in Bussen und Bahnen für Fahrgäste und wie wird es im Ernstfall benutzt? Wie häufig wurden diese in den vergangenen Jahren genutzt?

Es gibt in beiden Straßenbahn-Typen Notruf-Sprechstellen, mit Videoaufschaltung, die eine Sprechverbindung zum Fahrenden herstellen.

Eine statistische Erfassung der Sprechstellenbedienung ist technisch nicht vorgesehen.

10. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen BSAG, Polizei und Ordnungsamt bei Gewalttaten im ÖPNV?

Zwischen der BSAG, der Polizei und dem Senator für Inneres besteht nach Einschätzung des Senats eine sehr gute Zusammenarbeit. Die Grundsätze der Zusammenarbeit sind in einer Kooperationsvereinbarung festgeschrieben. In diesem Zusammenhang findet ein regelmäßiger Austausch auf verschiedenen Ebenen und zwischen unterschiedlichen Stellen der Institutionen statt, die auch regelmäßige, anlassunabhängige Kooperationstreffen umfasst. Es gibt z.B. verschiedene Arbeitskreise (Unterarbeitsgruppe Hauptbahnhof, Sicherheitspartnerschaften Hauptbahnhof), gemeinsame Aktionen (z.B. am „Tag der Zivilcourage“) und eine Regelkommunikation mit der Stabsstelle für Strategie und Grundsatz.

Abstimmungsbedürftige Einzelsachverhalte sowie festgestellte negative Entwicklungen an Haltestellenbereichen werden der Polizei Bremen durch die BSAG niedrigschwellig gemeldet, sodass einzelfallspezifisch erforderliche Maßnahmen ergriffen werden können, um Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Situation zu erreichen.

Zusätzlich hat die Polizei Bremen die Möglichkeit, bei Straftaten in Fahrzeugen der BSAG die Sicherung der vorhandenen Videoaufzeichnungen zu veranlassen und im Verlauf des Strafverfahrens auf die Aufnahmen zuzugreifen. Die Polizei und BSAG kooperieren auch bei der Errichtung von Videokontaktsäulen zur Polizei Bremen an den Bahngleisen am Hauptbahnhof.

Die Fahrzeuge der BSAG sind per Funk mit ihrer Leitstelle verbunden. Stellen Fahrer:innen relevante Sachverhalte fest, ist ein Informationsfluss zur Leitstelle der Polizei Bremen schnell gewährleistet.

11. Welche Bevölkerungsgruppen sind am meisten von Gewalt im ÖPNV betroffen (z.B. ältere Menschen, Frauen, bestimmte Herkunft etc.)

In den Jahren 2020 bis 2024 wurden in der Stadt Bremen erwachsene Männer zwischen 21 und 59 Jahren am häufigsten Opfer von Gewaltdelikten mit Tatörtlichkeit „ÖPV-Bus“ und „ÖPV-Schienefahrzeug.“ Personen ab 60 Jahren wurden hierbei im Vergleich zu anderen Altersgruppen am seltensten Opfer. Der Begriff „Herkunft“ von Opfern (und Tatverdächtigen) ist in der PKS nicht definiert. Anhand der PKS kann jedoch deren Staatsangehörigkeit nach „deutsch“ und „nichtdeutsch“ ausgewertet werden. Demnach wurden Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Vergleich zu Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit häufiger Opfer von entsprechenden Gewaltdelikten im ÖPNV.

Nähere Details können der folgenden Tabelle 3 entnommen werden:

Opfer	2020	2021	2022	2023	2024
Insgesamt	70	68	131	253	267
Männlich	48	42	75	179	166
Weiblich	22	26	56	74	101
Kinder (0-13 Jahre)	4	3	2	9	14
Jugendliche (14-17 Jahre)	5	6	20	20	43
Heranwachsende (18-20 Jahre)	10	5	13	35	15
Erwachsene (21-59 Jahre)	50	52	87	177	189
Ältere Erwachsene (60+ Jahre)	1	2	9	12	6
Deutsch	51	57	78	158	192
Nichtdeutsch	19	11	53	95	75
Anteil nichtdeutsche Opfer in %	27,1	16,2	40,5	37,6	28,1

Tabelle 3: Erfasste Opferanzahl für Gewaltdelikte mit Tatörtlichkeit ÖPV-Bus und ÖPV-Schienefahrzeug für die Stadt Bremen

12. Von welcher Bevölkerungsgruppe geht die Gewalt im ÖPNV besonders häufig aus (z.B. Jugendliche, Männer, bestimmte Herkunft etc.)?

In den Jahren 2020 bis 2024 wurden für die Stadt Bremen am häufigsten erwachsene, männliche Tatverdächtige (TV) erfasst, die Gewaltdelikte mit der Tatörtlichkeit „ÖPNV-Bus“ und „ÖPNV-Schienefahrzeug“ begingen. Nach der Altersgruppe der erwachsenen TV (insgesamt 464 TV im Betrachtungszeitraum) wurde am zweithäufigsten die Altersgruppe der Jugendlichen (insgesamt 96 TV) registriert. Nähere Details können der folgenden Tabelle 4 entnommen werden.

Tatverdächtige	2020	2021	2022	2023	2024
Insgesamt	63	65	119	199	202
Männlich	57	55	98	166	176
Weiblich	6	10	21	33	26
Kinder (0-13 Jahre)	-	3	2	5	5
Jugendliche (14-17 Jahre)	8	5	25	25	33
Heranwachsende (18-20 Jahre)	10	5	15	26	17
Erwachsene (ab 21 Jahre)	45	52	77	143	147
Deutsch	40	39	59	99	102
nichtdeutsch	23	26	60	100	100
Anteil nichtdeutsche TV in %	36,5	40,0	50,4	50,3	49,5

Tabelle 4: Erfasste TV-Anzahl für Gewaltdelikte mit Tatörtlichkeit ÖPNV-Bus und ÖPNV-Schienefahrzeug für die Stadt Bremen

13. Wie wird das subjektive Sicherheitsgefühl der Fahrgäste bemessen (bspw. durch Umfragen o.ä.)?

Die Frage nach dem raumbezogenen Sicherheitsgefühl wird im Rahmen der Sicherheitsbefragung durch das LKA Bremen ebenfalls erhoben. Hierzu zählt auch das subjektive Sicherheitsgefühl von Fahrgästen im ÖPNV. Insgesamt ist das raumbezogene Sicherheitsgefühl tagsüber in Bremen hoch: Im Rahmen der Befragung 2022 bewertete eine überwältigende Mehrheit der Befragten von 95,7 % im Land Bremen und 95,5 % in der Stadt Bremen ihr Sicherheitsgefühl tagsüber als hoch oder eher hoch. Im ÖPNV fühlten sich insgesamt 64,2 % (Land Bremen) bzw. 65,0 % (Stadt Bremen) der Befragten tagsüber eher sicher (45,1 % im Land Bremen; 46,1 % in der Stadt Bremen) oder sehr sicher (19,1 % im Land Bremen; 18,9 % in der Stadt Bremen). Etwa jede fünfte Person (19,2 % der Befragten im Land Bremen; 20,3 % in der Stadt Bremen) fühlte sich tagsüber im ÖPNV eher unsicher und 3,9 % (in der Stadt Bremen; 3,6 % im Land Bremen) sogar sehr unsicher. 10,8 % der Befragten (in der Stadt Bremen; im Land Bremen: 13,0 %) gaben an, dies nicht beurteilen zu können. Im Vergleich zum raumbezogenen Sicherheitsgefühl tagsüber war das raumbezogene Sicherheitsgefühl nachts geringer ausgeprägt: 75,6 % der Befragten in der Stadt Bremen (76,2 % im Land Bremen) bewerteten dieses unabhängig von der Örtlichkeit als hoch oder eher hoch. Im öffentlichen Personennahverkehr fühlten sich nachts 29,4 % (in der Stadt Bremen) bzw. 29,7 % (im Land Bremen) eher sicher oder sehr sicher. Etwa ein Drittel der Befragten (33,7 % in der Stadt Bremen; 32,2 % im Land Bremen) fühlte sich dagegen eher unsicher, etwa jeder Fünfte (20,7 % in der Stadt Bremen; 19,0 % im Land Bremen) sogar sehr unsicher. Nicht beurteilen konnten dies 16,2 % (in der Stadt Bremen) bzw. 19,1 % (im Land Bremen) der Befragten.

Bei der offenen Frage nach Orten, an denen sich die Befragten besonders unsicher oder unbehaglich fühlten, wurden im Jahr 2022 auch Bahnhöfe und Bahnstationen bzw. Haltestellen angegeben, darunter mit 2.339 Nennungen am häufigsten der Bremer Hauptbahnhof. Als Gründe für ihr Unsicherheitsgefühl gaben die Befragten über alle genannten Orte hinweg am häufigsten öffentlichen Alkohol- und Drogenkonsum sowie -handel, die Anwesenheit betrunkenen bzw. nicht zurechnungsfähiger Menschen, die Ansprache oder Belästigung durch bettelnde oder obdachlose Menschen sowie Aggressivität anwesender Personen an.

In den vergangenen Jahren wurden im Rahmen der Sicherheitskooperation Hauptbahnhof verschiedene Maßnahmen umgesetzt, um die Sicherheit rund um den Hauptbahnhof zu verbessern. So wurde etwa die 2024 eingeführte „Quattro-Streife“ zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Menschen im Jahr 2025 ausgeweitet.

14. Welche finanziellen Mittel wurden in den letzten Jahren vom Senat für Sicherheitsmaßnahmen im ÖPNV bereitgestellt?

Die zusätzlich durch die BSAG eingeleiteten Maßnahmen wurden jedoch durch den Bremischen Haushalt im Rahmen des Defizitausgleichs der BSAG zur Verfügung gestellt.

15. Welche politischen Maßnahmen plant der Senat, um das Sicherheitsempfinden und den realen Schutz im ÖPNV zu verbessern?

Der Senat hält die in der Antwort auf Frage 16 benannten Maßnahmen für ausreichend. Dennoch plant der Senat, die bestehende Waffenverbotszone auf den gesamten ÖPNV zu erweitern. Eine entsprechende Beschlussfassung des Senators für Inneres und Sport hierzu ist aktuell in Vorbereitung/Abstimmung.

16. Welche präventiven Maßnahmen planen der Senat und die BSAG zur Vermeidung einer weiteren Zunahme und dem Schaffen einer Entwicklungsumkehr zur Abnahme von Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln?

Die BSAG setzt in Zusammenarbeit mit dem Senat eine Vielzahl von Maßnahmen um, damit das subjektive Sicherheitsgefühl der Fahrgäste und der Mitarbeitenden verbessert wird. Konkrete Maßnahmen sind unter anderem:

- Videoüberwachung in Fahrzeugen
- Videokontaktsäulen am HBF
- Videoüberwachung HBF und Vegesack
- Türsprechstellen und Notrufknöpfe in den Straßenbahnen
- Live – View zum Aufschalten der Kamerabilder in die Leitstelle
- Helle Beleuchtung in den Fahrzeugen
- Sicherheitsbegleitung in den Fahrzeugen
- Überfalltaste am Fahrerarbeitsplatz
- Kooperationsvereinbarung Polizei
- Sicherheitsübung der Polizei
- Sicherheitspartnerschaft HBF
- Deeskalationsseminare Fahrpersonal
- Sicherheitskoordinatorin der BSAG
- Sicherheitsunterweisung Fahrpersonal im Rahmen Qualifizierung und Teamleitergespräche

Darüber hinaus sind folgende Maßnahmen in Umsetzung oder Erprobung:

- Geschlossene Fahrerkabine in Bussen
- KI zur Erkennung von sicherheitsrelevanten Ereignissen (AI Watch)
- Info Kampagne Sicherheit
- Videoauslesung per Stream

Zudem führt das Präventionszentrum der Polizei Bremen Selbstbehauptungsseminare für Gruppen mit Teilnehmenden ab 14 Jahren durch. Darin werden u.a. Inhalte zu den Themen Deeskalation, Straßenraub und Zivilcourage behandelt und entsprechende Präventionstipps vermittelt. In einem Rollenspiel wird zusätzlich auf die Besonderheiten eines Konflikts innerhalb eines Busses oder einer Bahn hingewiesen. Dieses Rollenspiel wird außerdem während des Gewaltpräventionsprogramms „Nicht mit mir!“ für Schüler:innen durchgeführt.

Zudem werden Seminare zu den Themen „Sicher unterwegs/Zivilcourage“ und „Deeskalation am Arbeitsplatz“ angeboten und anlassbezogen durchgeführt. Hierbei bildet der „sichere Arbeits- / Heimweg“ und damit auch das Thema „Gewaltprävention in der Öffentlichkeit“ einen Schwerpunkt.

Bei Großveranstaltungen oder anderen Präventionsaktionen werden durch die Polizei Bremen Banner zum Thema „Achtet auf eure Wertsachen!“ zu den Themen „Raub / Taschendiebstahl“ sowie entsprechendes Begleitmaterial (Flyer usw.) eingesetzt.

In Kooperation mit der BSAG werden anlassbezogen und nach Vereinbarung Videoclips im sogenannten „Fahrgast-TV“ auf den Monitoren der Straßenbahnen und Bussen zu den Themen „Taschendiebstahl / Straßenraub“ gezeigt.

Am Tag der Zivilcourage (19.09.25) führen Mitarbeitende von BSAG, Weisser Ring und Polizei eine Straßenbahnaktion durch, bei der Präventionsbotschaften zu den vorgenannten Themen vermittelt werden. Diese Aktion wird mindestens einmal im Jahr durchgeführt.

Zudem führt die die Polizei Bremen Beratungen per E-Mail, telefonisch sowie persönlich im Präventionszentrum der Polizei Bremen durch.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage Kenntnis.